

Blickpunkt Bundestagswahl: Leipzig zum Motor für soziale Gerechtigkeit in Sachsen entwickeln!

Rede des Parteivorsitzenden Adam Bednarsky zum 5. Stadtparteitag, 2. Tagung, der Partei DIE LINKE. Leipzig am 22. Oktober 2016

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste,

ich begrüße euch zu unserem heutigen Stadtparteitag, der die ersten Weichen für den Bundestagswahlkampf 2017 stellen wird. Wir wollen gemeinsam für eine Politik in Deutschland kämpfen, die bestimmt ist von sozialer Gerechtigkeit und einem friedlichen und solidarischen Zusammenleben in diesem Land und auf der ganzen Welt. Gemeinsam sind wir als Stadtverband Leipzig aufgefordert, unseren Teil dazu beizutragen, dass die LINKE auch im nächsten Jahr eine starke Stimme im Bundestag erhält. Wir werden heute über einen Initiativantrag des Stadtvorstandes diskutieren, der den Titel „Blickpunkt Bundestagswahl: Leipzig zum Motor für soziale Gerechtigkeit in Sachsen entwickeln!“ trägt. Dies soll die Grundlage unseres Engagements in den nächsten Monaten bilden.

Unser Stadtvorstand arbeitet seit einem halben Jahr in einer neuen Zusammensetzung und hat, wie ich denke, zueinander gefunden. Die auch für mich neue Tätigkeit als Stadtvorsitzender empfand ich zwar als eine große Herausforderung, die ich aber dank vieler helfender Hände gut angehen konnte. Ich möchte mich bei allen Mitgliedern des Stadtvorstandes für ihr engagiertes Wirken bedanken und bin mir sicher, dass wir die Aufgaben der nächsten Monate erfolgreich gemeinsam meistern werden. Mein besonderer Dank gilt meiner Stellvertreterin Dr. Barbara Höll und meinem Stellvertreter Michael-Alexander Lauter für die vertrauensvolle Zusammenarbeit der letzten Monate. Zudem möchte ich die Mitarbeiterinnen unserer Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus, Steffi Deutschmann und Elke Gladytz ins Wort heben, die mir jederzeit mit Rat und Tat zur Seite standen. Eine Partei lebt natürlich zuerst vom Engagement der vielen Genossinnen und Genossen an der Basis. Sie lebt von all den kleinen Dingen, die an sich nicht immer spektakulär sind, nicht im Rampenlicht stehen und dennoch so notwendig sind: Die Mitarbeit in den Ortsverbänden, in den Kommissionen, den Gremien unserer Partei auf allen Ebenen, dem Organisieren von Basisversammlungen, der Mitarbeit im Jugendverband und der Hilfe bei Veranstaltungen. All das haben wir in den letzten Monaten geleistet und werden wir auch zukünftig leisten und dafür gebührt uns allen Dank.

Insbesondere begrüße ich in unseren Reihen die vielen Neumitglieder unseres Stadtverbandes und wünsche Euch und Ihnen einen interessanten und kurzweiligen Stadtparteitag.

I. Politische Analyse und politische Standpunkte zur Situation in der BRD, Sachsen und Leipzig

Den Rechtsruck in Europa analysieren und ihm konsequent begegnen – die AfD ist keine soziale Alternative in Deutschland

Die politische Agenda in Europa und in Deutschland wird derzeit viel zu entscheidend durch Rechtspopulisten mitbestimmt. Die Geister der Vergangenheit erwachen einmal mehr zum Leben und es sind Parteien wie die AfD, der Front National oder die FPÖ, die nationalistische Ressentiments schüren, und immer unverhohlener Ausgrenzung und Rassismus bedienen. Den neuerlichen Tiefpunkt lotete die AfD-Vorsitzende Petry aus, die das „Völkische“ beschwor.

Wie können wir dem Rechtspopulismus Einhalt gebieten? Wir müssen in der öffentlichen Auseinandersetzung die Sachlichkeit und Vernunft in die politische Debatte und Kultur zurückholen. Zur Sachlichkeit gehört es ebenso, die Debatte über die Ursachen von Flucht vom Kopf auf die Füße zu stellen. Dem Paradigma der globalen Öffnung von Märkten folgend haben die westlichen Staaten in den letzten Jahrzehnten dazu beigetragen, dass arme Länder ihre Märkte öffnen mussten und durch die Zerstörung traditioneller regionaler Wirtschaften die Lebensgrundlage von Millionen Menschen gefährdet wurden. Auch das ist ein zentraler Fluchtgrund. Der weltweite Wohlstand der Wenigen basiert auf der Armut, der Ausbeutung und dem Hunger von vielen.

Die fatale, neo-liberal eingefärbte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, bestehend unter anderem aus den Hartz-Gesetzgebungen, haben die Grundlagen des Sozialstaates gezielt stückweise zerstört und den sozialen Ausgleich nachhaltig zerrüttet. Die gesellschaftliche insbesondere die materielle Ungleichheit hat sich vergrößert und vergrößert sich weiter immer stärker. Die Früchte des wirtschaftlichen Wachstums der letzten 20 Jahre sind an der Mehrheit der Bevölkerung vorbeigegangen. Und so wurde dies auch planmäßig betrieben und von CDU bis SPD befördert. Dass sich angesichts dieser gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung hierzulande Überlastung der Arbeitenden einerseits, Frust und Hoffnungslosigkeit der Arbeitslosen andererseits um sich greifen sind die zwei Seiten derselben Medaille. Die Politik der Großen Koalition, aber auch vormals unter Rot-Grün beziehungsweise Schwarz-Gelb verharrt in scheinbarer Alternativlosigkeit. Vom gesellschaftlichen Versprechen einer stetigen einer Gewährleistung und Verbesserung des hohen Lebensstandards, das nach der Wende so viele DDR-Bürger anzog, hat man sich seit langem verabschiedet. Anders gesagt: Viele Ostdeutsche wollten die BRD der 1980iger Jahre und bekamen Hartz IV. Von dieser langfristigen Enttäuschung von der Bundesrepublik spricht man nur in Ansätzen. DIE LINKE muss sie betonen. Diese Enttäuschung vom politischen System entschuldigt nichts, schon gar keinen Rassismus, aber sie gehört auch zu den Ursachen einer besonderen ostdeutschen Situation. In Zukunft ist es längst nicht mehr garantiert, dass es den Kindern einmal besser gehen wird als ihren Eltern oder auch

nur gleich gut. Diese gegenwärtige neoliberale Politik bietet durch die zunehmende Ungleichheit den Boden für den aktuellen Erfolg der AfD, die mit ihrem Kurs der Ausgrenzung und der nationalen Überhöhung als scheinbare Alternative der verunglückten Selbstwertsteigerung der Entrechteten da steht. Es ist doch ein Treppenwitz der Geschichte, dass hier eine Alternative zum den Konsequenzen des Neoliberalismus durch eine Partei kommen soll, die sich in ihrem Programm selbst zum Neoliberalismus bekennt. Um es klar zu sagen: Diese rechtspopulistische und neoliberale AfD ist keine Alternative in Deutschland und schon gar keine soziale.

Die Folgen aus der Jagd auf die schwarze Null: Die sächsische Staatsregierung stolpert von einem Skandal in den nächsten

Ja, unser Sachsen ist schön, besonders die Landschaft und der Dialekt. Und vieles hat sich in den letzten Jahren auch sonst entwickelt. Die barocke Landeshauptstadt verzückt die Touristen, das hippe Leipzig gefällt den Studierenden, das Erzgebirge bietet Natur pur ... fast ohne Industrie, die Wirtschaft brummt an einzelnen Orten, wo es sie gibt, und bei den PISA-Studien zeigen unsere Kinder, was sie trotz Bildungspolitik der Staatsregierung auf dem Kasten haben. Die Bevölkerung zieht in die großen Städte, die seitdem sogar auf Kosten des Landes wachsen. Aber es ist eben nicht alles Gold, was glänzt. Nicht nur in den letzten Wochen hat der Freistaat Sachsen und die CDU-Dauerregierung wieder Schlagzeilen produziert, bei denen sich ganz Deutschland nur an den Kopf fassen kann. Selbst die Bildzeitung titelte gestern am Kiosk: „Herr Tillich, warum immer wieder Sachsen?“

Sachsen ist eben nicht nur bei PISA Spitze, sondern auch bei rechten Straftaten. Mittlerweile ist Dresden nicht so sehr als malerische Barockstadt bekannt, sondern auch als PEGIDA-Hauptstadt. Heidenau, Freital, Clausnitz, Bautzen – der rechte Mob prägt die Außenwirkung des Freistaates und Ostdeutschlands. Es bleiben weiterhin zu viele rechte Straftaten ohne Folgen für die Täter. Aber wer soll die Täterinnen und Täter verfolgen – die Polizei? Die wurde auch Opfer des Haushaltsdiktats und heute fehlen mindestens 1.000 Beamtinnen und Beamte. Was erwarten wir angesichts dieser Umstände für Ermittlungserfolge. Oder schauen wir in die Schulen, dort sehen wir einen weiteren Misserfolg sächsischer Politik: Die Unterrichtsversorgung ist längst nicht mehr flächendeckend gewährleistet. Es gelingt der Staatsregierung einfach nicht, den jahrelang durch Nichteinstellungen organisierten Lehrermangel in Sachsen zu bekämpfen. Jahrelang wurde die sächsische Verwaltung dem Spardiktat unterworfen. Jetzt werden die Folgen dieser Politik in einem dramatischen Ausmaße sichtbar – in den Schulen, in den Amtsstuben und auch in der Justiz. Die CDU erzählt uns immer, sie spare für die Zukunft unserer Kinder von morgen, aber eigentlich sind sie gerade dabei, unseren heutigen Kindern die bessere Zukunft zu ersparen.

Leipzig wächst, die Armut wächst mit

Die Leipziger Bevölkerung wächst rasant. Dabei ist die Stadtgesellschaft mehr als anderswo sozial gespalten. Obwohl sich die allgemeine Armutsquote in letzter Zeit etwas verringert hat, verharrt sie nach wie vor bei etwa 25 Prozent, während es bundesweit 15 und in Sachsen 19 Prozent sind. Leipzig bleibt damit die sächsische Armutshauptstadt und nimmt auch im Vergleich der Großstädte bundesweit eine negative Spitzenposition ein. Hingegen ist Altersarmut mit etwa 15 Prozent noch vergleichsweise niedrig. Das wird sich aber in den nächsten Jahren radikal ändern. Altersarmut fällt nicht vom Himmel. Sie baut sich während des Erwerbslebens auf. So hatte Leipzig neben dem heutigen Landkreis Görlitz seit 1990 stets die höchsten Arbeitslosenquoten. Aus diesen unterbrochenen Erwerbsbiografien resultieren dann niedrigere Rentenansprüche. Immer mehr Menschen sind in Leipzig auf Sozialleistungen angewiesen. Bei der sozialen Mindestsicherung waren es 2014 fast 78.000. Mit diesen Menschen und für diese wollen wir die politische Stimme erheben, auch und gerade in Leipzig.

Die soziale Frage von links stellen – die Bekämpfung aller sozialen Ungerechtigkeiten bleibt die Hauptaufgabe der LINKEN. Leipzig

Für unsere Partei bleibt das Ringen um soziale Gerechtigkeit das entscheidende Hauptfeld des politischen Engagements. Dem sah sich unser Stadtverband auch in den letzten Monaten verpflichtet. Lasst mich dies mit zwei Beispielen belegen, die dafür sprechen, dass wir zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Themen aufgegriffen haben. Zunächst zum Thema Kinderarmut: Höhepunkt war die Armutskonferenz am 10. September im Neuen Rathaus. Es bleibt zu hoffen, dass unsere Stadtratsfraktion für ihr Ringen um eine gute Perspektive für alle Kinder und Jugendlichen entsprechende Anregungen umsetzt. Das zweite Beispiel ist die noch laufende Kampagne unter dem Motto „Die Rente geht uns alle an“. Auch hier haben wir ein Thema gewählt, das eigentlich alle Generationen angehen müsste, selbst wenn vor allem Jüngeren dies offenbar nicht bewusst zu sein scheint. Gerade weil man an entsprechender Stelle weiß, dass für jüngere Menschen das Thema Rente in weiter Ferne liegt und die geplante Schlechterstellung der nächsten Generation noch nicht als aktuell empfunden wird, kann die Enteignung der künftigen Rentnerinnen und Rentner sich so lautlos vollziehen. Die heute lohnarbeitende Bevölkerung wird mindestens gleich sechsfach schlechter als die früheren Rentnerinnen und Rentner gestellt: Erstens beginnen die Erwerbsbiographien generell später und sind häufig unterbrochen, weniger Rentenansprüche werden erworben. Zweitens viele Ausbildungszeiten werden seit Rot-Grün nicht mehr anerkannt. Drittens wird das Rentenniveau planmäßig abgesenkt. Viertens muss für den vollen Anspruch bis 67, also länger gearbeitet werden, was kaum jemand schafft. Fünftens können andere absichernde Vermögen bei Niedriglohn und Niedrigzins kaum aufgebaut werden und sechstens geht die empfohlene private Rentenvorsorge,

bei denen, die sie sich überhaupt leisten können, vom jetzigen Nettoeinkommen ab. Dafür weiß man nicht was raus kommt, nur die Versicherungswirtschaft freut sich darüber. Wem das heute nicht bewusst wird, lässt sich ohne Widerstand betrügen. Weit vor dem Bundestagswahlkampf befassen wir uns mit Problemen, die die Koalitionsparteien in Bund und Land möglichst aus dem bevorstehenden Bundestagswahlkampf heraushalten wollten. Das Thema Rente hat das Zeug für ein zentrales Wahlkampfthema. Hier sind wir als Stadtverband bereits gut aufgestellt, machen wir die Kampagne „Die Rente geht uns alle an“ zu einem Erfolg.

II. Wo steht DIE LINKE im Bund und in den Ländern

Große Potentiale und derzeitige Wirklichkeiten für die LINKE

Nach einer weiteren schmerzlichen Wahlniederlage in Mecklenburg-Vorpommern, konnten wir uns in Berlin über prozentuale Zuwächse freuen, ohne dass wir darin eine generelle Trendumkehr erkennen sollten. Die Wahl in Berlin für DIE LINKE war ein Erfolg und den möchten wir auch genießen. Aus dieser Wahl sind die notwendigen Schlüsse für unsere Arbeit zu ziehen. Ich denke, hier ist der richtige Zeitpunkt, um einen kleinen Werbeblock einzuschieben. Unsere Berliner Genossin, Gesine Löttsch, wird am 23. November im Liebknecht-Haus in einer Talkrunde über die Berliner Wahl berichten.

Aber: Die Situation der LINKEN ist aktuell nicht rosig. In Mecklenburg-Vorpommern haben uns 13,2 Prozent gewählt, selbst 1990 waren es noch 15,7 Prozent. Noch schwerer wiegt es, wenn wir uns die absoluten Zahlen anschauen. Diesmal hatten wir 106.000 Wählerinnen, 1998 waren es noch 265.000. Im Detail erkennen wir, nur 9 Prozent der Arbeiter wählen uns, von diesen kreuzten wiederum zu 34 Prozent die AfD an. Bei den Arbeitslosen sieht es ähnlich aus: 14 Prozent wählten DIE LINKE, 30 Prozent AfD. Das sind dramatische Verschiebungen.

Gelang uns in Berlin die Trendwende? Die Sachlage in Berlin ist vielschichtig. Da ist einmal der Ost-West-Gegensatz und weiterhin der Kontrast zwischen den hippen Innenstandbezirken und den traditionellen Außenbezirken zu beachten. Im Vergleich zur letzten Wahl, wo wir 11,7 Prozent erzielen konnten, sind es nunmehr 15,6 Prozent. Absolut steigerten wir uns um 80.000 Stimmen. Dennoch stehen wir prozentual gesehen dort, wo wir Mitte der 1990er Jahre standen. Es soll an dieser Stelle auch keinesfalls die tolle Leistungen unserer Genossinnen und Genossen in Berlin schmälern, wenn wir feststellen müssen, 2001 wählten über 360.000 Berliner unsere Vorgängerpartei PDS, heute sind es über 100.000 weniger. Der Blick in Hochburgen wie den Bezirk Berlin-Lichtenberg eröffnet, hier verloren wir weiterhin nochmals 4 Prozent und das im Vergleich zu den äußerst schwachen Vorwahlergebnissen von 2011 und 2006. Die Berlin-Wahl war ein Erfolg, aber dieser Erfolg ist eher einer Normalisierung der Wahlverhältnisse und noch

keine allgemeine Trendwende. Wir werden uns als Stadtverband die Wahlkampagne und Ergebnisse in Berlin anschauen, was davon uns in der Arbeit in Leipzig weiterhelfen könnte. Diese nüchternen Zahlen belegen ein schlummerndes Potential, das wir als LINKE wieder erschließen müssen. Auch wir haben in Leipzig in den Jahren 1999 und 2004 bei Landtagswahlen ein Zuspruch von 55.000 Wählern erhalten. 2014 waren es nur noch 43.000. Ihr seht, da gibt es weit höhere erreichbare Potentiale.

III. LINKE Kommunalpolitik in Leipzig

DIE LINKE in kommunaler Verantwortung: Linke Handschrift dank linker Bürgermeisterin und linkem Bürgermeister in Leipzig

Unbestreitbar hat DIE LINKE gezeigt, dass sie kommunale Verantwortung übernehmen will und kann. Auch wenn unserer neuen Kulturbürgermeisterin Skadi Jennicke noch der anfängliche übliche Sturm der politischen Gegner besonders stark entgegenweht, so wird dieser sich ebenso legen, wie bei unserem mittlerweile dienst erfahrenen Bürgermeister Heiko Rosenthal, der mit großer Mehrheit im Amt wiederbestätigt wurde. Beide stehen für linkes Denken auch, soweit es dort geht, in der Verwaltung der Stadt Leipzig.

Integration in Leipzig: Eine aktuelle Herausforderung linker Kommunalpolitik

Derzeit leben in Leipzig circa 4.700 Geflüchtete, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Viele wissen gar nicht, was das heißt: Zur Deckung aller notwendigen persönlichen Bedarfe kann ein Erwachsener zwischen 122 und 135 Euro und Jugendliche 76 Euro pro Monat erhalten. Wer also verbreitet, Flüchtlinge würden bei uns im Paradies leben, kennt die Realitäten nicht.

Nach wie vor gibt es sehr viele freiwillige Helferinnen und Helfer. So konnten über 100 Kinder aus der Messehalle 17 sich über viele Schulanfangsgeschenke freuen vom Rucksack über Federmappen bis Hefte für alle Klassenstufen. Das sollte aber nicht über die zunehmende Fremdenfeindlichkeit hinwegtäuschen. Auch in Leipzig haben wir ein Alltagsrassismusproblem und das aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Jeder von Euch, der bereits an einer Informationsveranstaltung teilgenommen hat, wo es um eine Flüchtlingsunterkunft im Wohngebiet ging, hat den plumpen Hass und die immer wieder stoisch vorgetragenen Argumente erleben können. Integration ist eine schwierige Aufgabe und wir stehen noch am Anfang. Aber viele Genossinnen und Genossen stellen sich dieser Aufgabe und ich möchte es nicht versäumen, meinen Stadtratskolleginnen Juliane und Margitta für ihre tolle Arbeit in diesem Bereich zu danken.

Sparsamkeit und soziale Verantwortung: Spannungsfelder linker Haushaltspolitik

Sparsame Haushaltsführung, soziale Verantwortung und mehr kommunales Eigentum scheinen immer mit einem Spagat verbunden zu sein. Oft passen diese drei Themen aber sehr gut zusammen. Beispiel Kita-Bauinvestitionen: Die Stadtverwaltung beauftragt überwiegend Investoren für den Bau und mietet dann dort beziehungsweise mietet über Freie Träger die Kitas bis zu 25 Jahre an. Das kostet die Stadt Leipzig – so unter anderem der Sächsische Rechnungshof – das Zwei- bis Dreifache als der Eigenbau. Das heißt zwischen 200 bis 300 Millionen Euro mehr. Wir hatten mit der Mehrheit des Stadtrates 2015 einen Strategiewechsel durchgesetzt. Hin zu mehr kommunalen Eigentum, um die die ersparten Beiträge in bessere Kinderbetreuung oder in andere dringende Investitionen zu stecken: In Schulen oder die LVB. Nun allerdings soll dieses alte Investorenmodell auf sechs Schulhausbauten übertragen werden. Die rechtlichen und finanziellen Risiken machen das Sechs- bis Siebenfache eines Kita-Baus aus. Wir werden am kommenden Mittwoch im Stadtrat alles daran setzen, dies zu verhindern um Schaden von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt zu nehmen.

Zukünftige Schwerpunkte linker Kommunalpolitik: Bezahlbarer Wohnraum für alle!

In unseren Reihen hat sich eine AG „Lebenswertes Leipzig 2030plus“ zusammen gefunden. Diese Genossinnen und Genossen beschäftigen sich engagiert und leidenschaftlich, zum Teil auch beruflich mit den Themenfeldern Stadtentwicklung und Wohnungspolitik. Sie laden überdies alle zur Mitarbeit ein, die sich konstruktiv beteiligen möchten. In der AG wurden und werden viele Neuentwicklungen Leipzigs diskutiert. Auch erste Papiere wurden erstellt, bestehende Papier mit einbezogen und um Ansätze für wohnungspolitische Leitlinien bemüht. Diese engagierte Arbeit hat uns als Stadtvorstand veranlasst, dem Stadtparteitag später als geplant, dafür aber einen qualifizierten Entwurf der Wohnungspolitischen Leitlinien vorzulegen, der all die neuen Ergebnisse der AG mit umfasst. Wir hoffen unsere Entscheidung, die Wohnungspolitischen Leitlinien noch eine Tagung zurück zu stellen, trifft auf euer Verständnis. Wir freuen uns auf rege Diskussionsbeteiligung in der AG.

IV. Zur Lage des Stadtverbandes Leipzig

DIE LINKE im Konzert der Leipziger Parteien

Einmal mehr hat die LVZ über den letzten SPD-Stadtparteitag umfassend berichtet. So wissen wir jetzt, dass die SPD Leipzig ihr Verhältnis zur LINKEN klären möchte. Natürlich bin ich in diesem Prozess gern dialogbereit. Auch mit den Spitzen der lokalen Grünen, Christin Melcher werdet ihr später selbst hören können, gibt es eine Zusammenarbeit. Dabei gilt für mich persönlich ein Standpunkt: Ich versuche immer die Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien und

deren FunktionsträgerInnen in den Vordergrund zu stellen. Es ist mir durchaus bewusst, es geht einigen schon das Zitat von Gregor Gysi durch den Kopf: „Wer nach allen Seiten offen ist, der ist nicht ganz dicht.“ Die Unterschiede zwischen der LINKEN, der SPD und den Grünen liegen auf der Hand. Wir haben unsere Stärken und Schwächen. Die Art der Zusammenarbeit muss diskutiert werden. Ich werde mich zur Person einer solchen Diskussion nicht verweigern, schon gar nicht auf der lokalen Ebene, die im Besonderen die Arbeit unseres Stadtverbandes betrifft. Zudem wünsche ich mir auch, dass es die genannten Parteien zukünftig schaffen, die CDU-Dominanz bei Landtags- und Bundestagswahlen in dieser Stadt zu brechen. Diese Stadt, dieses moderne und aufstrebende Leipzig hat mehr verdient als Kudla, Winkler und Co.

Generationswechsel und Generationenmix als tragfähiges Erfolgsrezept eines pluralistischen Stadtverbandes

In diesem Jahr ist die Anzahl der Mitglieder im Stadtverband von 1.249 am Jahresanfang auf mittlerweile 1.266 gestiegen. Dies ist ein sehr erfreulicher Trend, der auch aus dem Eintritt von 68 neuen Mitgliedern erklärbar ist. Es liegt nunmehr an uns, dass es diesbezüglich nicht bei einer Momentaufnahme bleibt. Wir alle sind aufgerufen, die Neuen in unseren Reihen zu begrüßen und zu integrieren. Der Stadtvorstand unter der Ägide der Neumitgliederbeauftragten Lisa Umlauf und Stephan Sander haben mittlerweile einige Neumitgliedertreffen organisiert. Im Verbund mit dem Jugendverband, den Stadtbezirksverbänden und weiteren Gliederungen unseres Stadtverbandes müssen wir dahingehend arbeiten, dass die Neumitglieder Freude an der aktiven politischen Teilnahme in unserer Stadtpartei finden. Wenn wir uns die Altersgruppenverteilung unserer Mitglieder und Neumitglieder anschauen, zeigt sich klar, dass wir verstärkt Menschen aus der Mitte des Lebens gewinnen und binden müssen. Erfreulicher Weise sind knapp 30 Prozent unserer Neumitglieder unter 25 Jahre alt. Hier greift die erfolgreiche Jugendarbeit gerade des Jugendverbandes, die in den letzten Jahren – zu Recht – stark gefördert wurde. Wir sollten nunmehr den Fokus erweitern und beginnen, die Defizite in der Altersgruppe zwischen 26 und 55 Jahren auszugleichen. Gewinnen wir Menschen für unsere Strukturen, denen eine Vielzahl unserer politischen Forderungen gilt. Gewinnen wir Menschen, die aktiv im Erwerbsleben stehen, MultiplikatorInnen sein können und den Spagat zwischen Arbeit, Kindern und Ehrenamt meistern müssen. Verjüngen wir die Strukturen gerade in den Orts- und Stadtbezirksverbänden. Die Arbeit an der Basis und die Verankerung in den Stadtteilen war immer ein Garant für unsere erfolgreiche politische Arbeit. Fördern wir als Stadtverband die inhaltliche Arbeit im Jugendverband und in den IG- und AG-Strukturen. Gerade bei letzteren sollten wir auf die „Menschen mitten im Leben“ achten, die uns gern punktuell durch ihre Expertise aus dem Berufsleben unterstützen können, aber nur wenig Zeit für häufige Sitzungstermine haben. Auch Mitglieder ohne Zeit für ein Parteiengagement sind willkommen. Auch schon die finanzielle

Unterstützung durch Beiträge, kleine wie größere, ist enorm wichtig für unsere Arbeit. Wir müssen Ideen entwickeln, wie wir Frauen besser ansprechen und für unsere Partei gewinnen können.

Die AG Zukunft: Auf neuen Wegen zur gemeinsamen Zukunftsperspektive der LINKEN in Leipzig

Am 20. Juni 2015 beschloss der Stadtparteitag den Antrag „Gemeinsam für eine erfolgreiche Zukunft. DIE LINKE. Leipzig 2020 – eine moderne, alternative Gestaltungspartei“. Die neugegründete AG Zukunft tourte durch die Gliederungen unseres Stadtverbandes, um mit den Genossinnen und Genossen über die Gegenwart und Zukunft unserer Stadtpartei zu diskutieren. Im Zuge der Vorstandsklausur im April dieses Jahres stellte Steffen Rohkohl Ergebnisse dieser Diskussionen vor. Anschließend konzipierte die AG einen zehnteiligen Fragebogen, der durch eure Unterstützung 300-mal ausgefüllt wurde. Heute können wir euch die Zwischenergebnisse der AG-Arbeit präsentieren. Herzlichen Dank an euch, dass ihr dieses ambitionierte Zukunftsprojekt mitgetragen habt. Steffen wird heute noch gesondert die Zwischenergebnisse präsentieren, so dass ich euch ermuntern möchte, mit uns gemeinsam die nächsten Schritte in der Zukunftsdiskussion zu gehen.

DIE LINKE. Leipzig als Partner gesellschaftlicher Akteure

Gemeinsam mit meiner Vorstandskollegin Marianne Küng-Vildebrand haben wir in den letzten Monaten den Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gesucht. Wir wollen den Gewerkschaften zeigen, wir als LINKE. Leipzig stehen an ihrer Seite und kämpfen mit Ihnen gemeinsam für die Interessen der Beschäftigten. So unterstützen wir die Bildungsgewerkschaft (GEW) bei den Bildungsprotesten, organisierten mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) einen Pressetermin zu einer europaweiten Petition zum Thema „Fair Transport“ und waren mit zahlreichen Initiativen und Gewerkschaften an der Realisierung der Anti-TTIP-Demo in Leipzig am 17. September beteiligt.

Eine Neuerung in der aktuellen Arbeit des Stadtvorstandes ist die Mandatierung zweier junger Genossen, Andy und Max, die unseren Stadtverband offiziell in Gremien wie der Anti-Legida-Initiative „Leipzig nimmt Platz“ vertreten. Dieses Modell der Vernetzung zwischen Stadtverband und gesellschaftlichen Initiativen sollte weiter Schule machen.

Moderne Kommunikation braucht eine moderne, linke Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit bleibt ein Schwerpunkt unserer Vorstandstätigkeit. Auch in den Diskussionen der AG Zukunft wurde der Wunsch nach einer besseren Medienarbeit artikuliert. Wir haben in den letzten Monaten unseren Internetauftritt optisch und inhaltlich bedeutend verbessern können. Hier haben viele Hände und Köpfe mitgewirkt, ich erlaube es mir dennoch,

dem Genossen Kay Kamieth, der im Stadtvorstand die Funktion des Pressesprechers ausübt, stellvertretend für alle Mitwirkenden meinen Dank auszusprechen. Sowohl die Internetseite als auch unsere Auftritte in den sozialen Medien wie Facebook und Twitter konnten ihre Reichweite erhöhen. Das Mitteilungsblatt erfuhr unter den gestalterischen Händen von Tilman Loos ein optisches Lifting. Ganz besonders informativ ist unser Newsletter, die Freitagspost, die per E-Mail kommt. Die Freitagspost informiert über linke Veranstaltungen in Leipzig und Aktivitäten des Stadtverbandes. Ich hoffe, dass wir über dieses Medium, das den aktuellsten Überblick gibt, noch mehr Informationen an unsere Mitglieder weitergetragen werden können. Ihr könnt euch im Übrigen auf unserer Internetseite euch in den Newsletter eintragen. Auch das Printmedium „Mitteilungsblatt“, in dem zumindest einige Seiten der bedauerlicherweise aus finanziellen Gründen eingestellten Zeitung „Leipzigs Neue“ weiterleben, erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit insbesondere bei den lebenserfahrenen Genossinnen und Genossen. Ich möchte euch alle ermuntern, über eure Veranstaltungen, Ideen oder weitere Aktivitäten weiter in diesem Heft zu informieren. Mein Eindruck ist, dass viele Stadtbezirksverbände und inhaltlichen Arbeitsgruppen noch zu zurückhaltend mit eigenen Beiträgen im Mitteilungsblatt sind.

V. Die Herausforderungen für die LINKE. Leipzig in den nächsten Wahljahren

Mit einem starken Wahlprogramm in den nächsten Bundestagswahlkampf gehen

Die größte Herausforderung der nächsten Monate für unseren Stadtverband sind die Bundestagswahlen im September 2017. Wir als mitgliederstärkste Kreisorganisation der LINKEN in Sachsen und im Bund haben dabei eine besondere Verantwortung. Das heißt im Klartext, eigenständige inhaltliche Angebote für das Wahlprogramm und den Wahlkampf zu unterbreiten, angemessen zur finanziellen Absicherung beizutragen, aber auch mit eigenen Kandidatinnen und Kandidaten aufzuwarten.

Wir stellen heute die ersten Weichen für den lokalen Wahlkampf. Der Initiativantrag des Stadtvorstandes steht unter dem Titel „Blickpunkt Bundestagswahl: Leipzig zum Motor für soziale Gerechtigkeit in Sachsen entwickeln!“. Nehmen wir ihn zur Grundlage unserer Arbeit im Stadtverband, kämpfen wir gemeinsam für mehr soziale Gerechtigkeit.

Neben diesem Antrag liegt euch heute ebenso eine Einladung von Katja Kipping, Bernd Riexinger und mir für die Veranstaltung „Was muss drin sein?“ am 6. November vor. Gemeinsam mit Bernd Riexinger wollen wir mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren über das Wahlprogramm der LINKEN diskutieren. Wir sind hoch erfreut, dass Leipzig als einer von drei Orten in Deutschland ausgewählt wurde. Während die Organisation von Berlin aus realisiert wird, sind wir angehalten, Menschen dieser Stadt zu nennen, bei denen wir der Meinung sind, dass sie diese Diskussion bereichern können. Deswegen bitte ich euch, dass ihr darüber nachdenkt, wer diese Menschen

sein könnten. Dieser Einladung angefügt ist das neue Diskussionspapier von Katja und Bernd unter dem Titel „Wir sind mehr, als wir denken“. Meiner Meinung nach ist dieses Papier zur Vorbereitung der Veranstaltung am 6. November sehr wertvoll und sollte dementsprechend im Vorfeld der Veranstaltung in unseren Basisgremien bekanntgemacht werden.

Authentisch, kompetent und überzeugend: LINKE-Kandidierende in und für Leipzig

Der Stadtvorstand hat sich mit dem Prozedere der Kandidatenaufstellung für die beiden Leipziger Wahlkreise befasst, wohl wissend, dass es bereits erste Bereitschaftserklärungen gibt. Ich halte das für völlig legitim, zumal es gut ist, auf unserer Gesamtmitgliederversammlung am 21. Januar zwischen mehreren Personen auswählen zu können. Das ist für unseren Stadtverband ein Novum, denn in der Vergangenheit hatten wir meist nur jeweils eine Kandidatur pro Wahlkreis. Da wir in Leipzig aktuell kein Mitglied des Bundestages der LINKEN haben, es also nicht um eine Wiederwahl geht, haben alle Kandidatinnen und Kandidaten ihre Startchancen. Wir nehmen auch die Direktwahl als LINKE in Leipzig ernst. Daher sollten wir mit Personen in den Wahlkampf gehen, die in der Stadtgesellschaft bereits eine gewisse Bekanntheit erlangt haben. Aber ganz gleich, wie die Nominierung am 21. Januar ausgeht, sollten wir mit Leipziger personellen Angeboten auch gute Aussichten auf einen vorderen Platz auf der Landesliste haben. Wir sollten gegenüber unserem Landesverband deutlich machen, dass DIE LINKE in der größten Stadt Sachsens wieder personell im Bundestag vertreten ist.

Bereits in den nächsten Wochen gilt es den Wahlstab zu formen. In diesem Jahr wird der Stadtvorstand eine Wahlkampfleiterin oder einen Wahlkampfleiter bestimmen. Wir haben an der Informationswand hier im Raum eine Anzeige aufgehängt, die in den nächsten Tagen parteiintern veröffentlicht wird.

VI. Ausblick

Viele der von mir angesprochenen Kernfragen findet ihr im Initiativantrag des Stadtvorstandes wieder. Es wäre gut und richtig, wenn unser Stadtparteitag mit diesem neben all den notwendigen turnusmäßigen Beschlüssen und den anstehenden Wahlen von Delegierten auch ein inhaltliches Signal beschließen und aussenden kann. Mit unseren wichtigsten derzeitigen Aussagen in der Sozial- und Bildungspolitik, der Renten- und Wohnungspolitik und vor allem gegen rechts und Rechtspopulismus. Natürlich gehört auch die regelmäßige Diskussion dazu, also können wir auf viele interessante Diskussionsbeiträge von euch gespannt sein.

Ich wünsche unserer 2. Tagung des 5. Stadtparteitages munter engagierte Teilnahme und gutes Gelingen. In diesem Sinne: Lasst uns loslegen.

Leipzig, 22.10.2016